Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/454

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

33. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 24. März 1966

34. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 25. März 1966

I. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

I. 1. Abgeordneter **Dr. Abelein**

Hält die Bundesregierung die Objektivität des in der Hauptverhandlung entscheidenden Richters noch für gesichert, wenn der gleiche Richter gemäß § 111 a StPO schon wegen eines den Straßenverkehr gefährdenden Deliktes des § 315 c StGB vorläufig die Fahrerlaubnis entzogen hat?

I. 2. Abgeordneter **Dr. Abelein**

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, die Entscheidung über den endgültigen Entzug der Fahrerlaubnis einem anderen Richter als dem in Frage I/1 bezeichneten oder einer anderen Stelle zu übertragen?

I. 3. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** *)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Praxis der Richter verschiedener Bundesgerichte, die dahin geht, daß sie das Urheberrecht an Entscheidungen und Leitsätzen, die in den von ihnen oder einem Bundesgericht herausgegebenen Sammlungen veröffentlicht werden, für sich in Anspruch nehmen und daher mit der Veröffentlichung dieser Leitsätze und höchstrichterlichen Entscheidungen nur gegen Zahlung eines Honorars einverstanden sind, das einem Veröffentlichungsausschuß oder dem Richterverein zufließt?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Abgeordneter **Dr. Wörner**

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher getroffen, um im Bereich der Entwicklungshilfe die private Initiative auch bei der Durchführung der Technischen Hilfe in möglichst großem Umfang zu nutzen?

III. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

III. 1. Abgeordneter **Biechele** *)

Sind Informationen zutreffend, nach denen an der Deutschen Schule „Alexander von Humboldt" in Mexiko evangelischer und katholischer Religionsunterricht weder in regelmäßigen Schulstunden noch in freiwilligen Religionsstunden erteilt werden darf?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. 2. Abgeordneter **Biechele *)**

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, sich dafür einzusetzen, daß der Religionsunterricht an der Deutschen Schule „Alexander von Humboldt" auch im Hinblick darauf erteilt werden darf, daß der Bund für diese Schule erhebliche Zuschüsse leistet (vgl. Bericht der Bundesregierung über Lage und Stand des Ausbaus der deutschen Auslandsschulen — Drucksache IV/3672 —, S. 26 bis 41)?

III. 3. Abgeordneter **Josten**

Wie weit bestehen mit den Europäischen Rundfunkanstalten Vereinbarungen, damit wichtige Nachrichten für Touristen, z. B. in Todesfällen, in deutscher Sprache gesendet werden?

III. 4. Abgeordneter **Wischnewski**

Weiß die Bundesregierung, warum britische Behörden Herrn Bernhard Michael Haag, Köln-Deutz, anläßlich eines Transitaufenthaltes in London die geplante Weiterreise nach Irland verboten und ihn unter völlig ungewöhnlichen Umständen in die Bundesrepublik zurückgeschickt haben?

III. 5. Abgeordneter **Wischnewski**

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die Interessen von Herrn Bernhard Michael Haag zu wahren?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

IV. 1. Abgeordnete **Frau Geisendörfer**

Hält es die Bundesregierung für angezeigt, daß mehrere Landesrundfunkanstalten, wie z. B. der Norddeutsche Rundfunk (vgl. Ausführungen seines technischen Direktors am 5. Februar d. J.), der Westdeutsche Rundfunk (vgl. Rede des Intendanten am 20. Juli 1965) und der Bayerische Rundfunk (vgl. Neujahrsansprache des Intendanten) technisch verstärkt werden mit dem Ziel, den freien Teil Deutschlands vor den Rundfunkhörern Europas zu repräsentieren, dagegen die technischen und finanziellen Probleme des Deutschlandfunks — die Verstärkung der Sender und der eventuelle Anteil des Deutschlandfunks an den Rundfunkgebühren — immer noch nicht endgültig und zufriedenstellend geregelt sind?

IV. 2. Abgeordneter **Baron von Wrangel**

Ist die Bundesregierung bereit, durch besondere bundesgesetzliche Bestimmungen der Polizei bei der Bekämpfung des sogenannten Landfahrerunwesens behilflich zu sein, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Landfahrer, die auf Grund ihrer Lebensweise unstet umherziehen, keine Bindungen an einen

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Wohnsitz haben und eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen, sich mit Erfolg der polizeilichen Überwachung entziehen können?

IV. 3. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der geplanten Besoldungsreform für Forschungsanstalten des Bundes zwischen „Staatlichem Verwaltungsdienst" und „Wissenschaftlichem Staatsdienst" Unterscheidungen zu treffen?

IV. 4. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, zur Verhinderung der Tendenz der Auswanderung bester Fachkräfte bei der Reform im Sinne der Frage IV/3 eine weitgehende Anpassung der Bezüge für die Wissenschaft in Anpassung an bewährte ausländische Vorbilder vorzunehmen?

IV. 5. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, die Studien- und Arbeitsaufenthalte deutscher Forscher in ausländischen Forschungseinrichtungen, Instituten oder Hochschulen auf das Besoldungs- und Pensionsdienstalter voll anzurechnen?

IV. 6. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele ausländische Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst beschäftigt werden?

IV. 7. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

In welchen Bereichen sind ausländische Arbeitskräfte vor allem tätig?

IV. 8. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Wieviel eigene Klassen für Gastarbeiterkinder bestehen in der Bundesrepublik?

IV. 9. Abgeordneter **Picard**

Ist die Bundesregierung in der Lage, darüber Auskunft zu geben, wie viele politische Flüchtlinge von 1948 bis Ende 1965 aus den Ostblockstaaten in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind?

IV. 10. Abgeordneter **Picard**

Wie viele der von dem unter IV/9 genannten Personenkreis gestellten Anträge auf Einbürgerung wurden positiv entschieden?

IV. 11. Abgeordneter **Picard**

Wie hoch ist die Zahl der heimatlosen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

V. 1. Abgeordneter **Müller (Worms)** *)

Ist dem Bundesfinanzminister bekannt, daß auf einer Teilfläche von 616 qm im Jahre 1938 im Auftrage des Luftgaukommandos XII ein Flakunterkunftshaus in der Gemeinde Offstein, Landkreis Worms (Grundbuch für Offstein Band 1, Blatt 8, Gemarkung Offstein Flur 7, Flurstück 37, Fläche 3637 qm) errichtet und die damaligen Eigentümer, die Eheleute Jakob und Katharina Gieß, gezwungen wurden, einen Duldungsvertrag abzuschließen?

V. 2. Abgeordneter **Müller (Worms)** *)

Teilt der Bundesfinanzminister die Auffassung der Bundesvermögensstelle Mainz, daß nach Übersiedlung der derzeitigen Bewohner des Flakhauses, die seinerzeit von Mainz nach Offstein evakuiert wurden, der derzeitige Eigentümer, Ernst Gieß, das Flakhaus käuflich übernehmen müsse, während dieser auf Wiederherstellung des früheren Zustandes besteht, weil er in dem sogenannten Flakhaus, das niemals als solches benutzt wurde, eine Beeinträchtigung des Grundstückswertes erblickt?

V. 3. Abgeordneter **Müller (Worms)** *)

Teilt der Bundesfinanzminister die Auffassung der Oberfinanzdirektion Koblenz, daß im vorstehend geschilderten Fall Ansprüche wegen Inanspruchnahme der Grundstücksteile durch die seinerzeitige Duldungsentschädigung abgegolten seien?

V. 4. Abgeordneter **Dröscher**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das geltende Gewerbesteuerrecht der jetzt zu beobachtenden Entwicklung anzupassen, bei welcher infolge fortschreitender Automation in den Produktionsstätten die „Betriebsgemeinden" bei der Verteilung der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme gegenüber den Gemeinden mit den Verwaltungs- und Forschungsabteilungen der Unternehmungen benachteiligt zu werden drohen?

V. 5. Abgeordneter **Baier**

Welchen Unterschied sieht der Bundesfinanzminister in der lohnsteuerlichen Behandlung von Zinszuschüssen für Darlehen zum Bau von Eigenheimen, die von privaten oder kommunalen Arbeitgebern geleistet werden, und solchen, welche im Rahmen der Landes- und Bundesbedienstetenwohnungsfürsorge gewährt werden?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

V. 6. Abgeordneter **Baier**

Ist der Bundesfinanzminister der Auffassung, daß Zuschüsse zur Verbilligung von Kapitalmarktmitteln für den Darlehensnehmer jeweils das gleiche wirtschaftliche Ergebnis haben, unabhängig davon, ob der Arbeitgeber eine Privatfirma, eine Kommunalverwaltung, das Land oder der Bund ist?

V. 7. Abgeordneter **Deringer *)**

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in wie vielen Fällen Bausparer die ihnen gewährte Bausparprämie zurückerstatten mußten, weil sie infolge Nichterfüllung seitens Dritter (z. B. Konkurs der Baufirma, Betrug durch den Verkäufer) den Einsatz aus einem Bausparvertrag innerhalb der Sperrfrist ausgezahlter Beträge verloren haben?

V. 8. Abgeordneter **Deringer *)**

Hält die Bundesregierung das Verlangen der Finanzämter auf Rückzahlung der Bausparprämie nach dem WoPG für geboten und gerechtfertigt, wenn der Bausparer aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, den angestrebten Zweck nicht verwirklichen kann?

V. 9. Abgeordneter **Deringer *)**

Betrachtet die Bundesregierung eine analoge Anwendung des § 131 AO in den aus Fragen V/7 und V/8 hervorgehenden Härtefällen trotz des völligen Ineinandergreifens von § 2 Abs. 1 Ziff. 1 WoPG einerseits und § 10 Abs. 1 Ziff. 3 EStG andererseits als unzulässig?

V. 10. Abgeordneter **Genscher**

Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag einen Vorschlag vorzulegen, durch den die Bildung von gewinnmindernden Rückstellungen für die private Wissenschaftsförderung ermöglicht wird?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VI. 1. Abgeordneter **Dröscher**

Wann beabsichtigt die Bundesregierung den Entwurf eines Bundeswaldgesetzes einzubringen?

VI. 2. Abgeordneter **Dr. Klepsch**

Ist die Bundesregierung bereit, Saatgut der Kartoffelsorte Bintje dadurch bereitzustellen, daß solches Saatgut auf die Importliste gesetzt wird?

VI. 3. Abgeordneter **Dr. Klepsch**

Ist die Bundesregierung bereit, im Falle der Kartoffelsorte Bintje von einer zu formalistischen Anwendung der geltenden Saatgut-Bestimmungen abzusehen?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

VII.	1. Abgeordnete **Frau Freyh**	Werden Ermessensentscheidungen zum Härteausgleich nach dem Bundesversorgungsgesetz in den Bundesländern verschieden gehandhabt?
VII.	2. Abgeordneter **Langebeck**	Beabsichtigt die Bundesregierung, den § 4 Abs. 2 (Rückwirkungsklausel) der 6. Berufskrankheitenverordnung in der Weise zu ändern, daß auch die Lärmschwerhörigkeit in diese Rückwirkung einbezogen wird, d. h. daß auch ein Leistungsanspruch begründet ist, wenn die Erkrankung vor dem Inkrafttreten der 6. BKVO eingetreten ist?
VII.	3. Abgeordneter **Langebeck**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Mitteldeutschland die Lärmschwerhörigkeit als Berufskrankheit, unabhängig davon, wann sie eingetreten ist, entschädigt wird?
VII.	4. Abgeordneter **Langebeck**	Hält es die Bundesregierung für politisch tragbar, daß Personen, die im Zuge der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik kommen, bei Anwendung des jetzt gültigen § 4 Abs. 2 der 6. BKVO ihren in Mitteldeutschland anerkannten Anspruch verlieren?
VII.	5. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**	Wie hoch ist der Prozentsatz der Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, die ohne vorherige ärztliche Untersuchung in die Bundesrepublik gelangen?
VII.	6. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**	Durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, daß sich jeder Gastarbeiter vor Erteilung der Arbeitserlaubnis einer ärztlichen Untersuchung, insbesondere zur Feststellung von Infektionskrankheiten, unterziehen muß?
VII.	7. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**	In welchem Verhältnis stehen festgestellte Infektionskrankheiten, insbesondere Lungentuberkulose, bei Gastarbeitern zur Häufigkeit dieser Erkrankungen bei der übrigen Bevölkerung?
VII.	8. Abgeordneter **Baier**	Bis wann wird die Ankündigung des Präsidenten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin verwirklicht, daß „schon bald" in regelmäßigen Abständen alle Versicherten einen Rentenauszug erhalten, aus welchem die Höhe der Altersrente zum jeweiligen Zeitpunkt ersichtlich ist?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

VIII.	1. Abgeordneter **Dr. Wörner**	Ist die Bundesregierung bereit, in Abänderung des Erlasses des Bundesverteidigungsministeriums vom 2. November 1965 Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit Sonderurlaub zur Ausbildung und Betätigung als Jugendgruppenleiter in gleicher Weise zu gewähren wie den anderen Bundesbediensteten?
VIII.	2. Abgeordneter **Dr. Wörner**	Ist die Bundesregierung bereit, auch Soldaten, die aufgrund der Wehrpflicht Wehrdienst leisten, einen Sonderurlaub zu dem unter VIII/1 angegebenen jugendpflegerischen Zweck zu gewähren?
VIII.	3. Abgeordneter **Dr. Lohmar**	Ist dem Bundesverteidigungsminister bekannt, daß der Publizist Winfried Martini häufig als Redner bei Einheiten der Bundeswehr auftritt?
VIII.	4. Abgeordneter **Dr. Lohmar**	Wie beurteilt der Bundesverteidigungsminister die gelegentlich von Herrn Martini geäußerte Auffassung, die vom Grundgesetz vorgesehene Unterstellung des Militärs unter die politische Gewalt sei ein „rein formales Organisationsprinzip", das auch von Hitler und Stalin erzwungen worden sei?
VIII.	5. Abgeordneter **Dr. Lohmar**	Werden die Veranstaltungen mit Herrn Martini aus Mitteln finanziert, die für Zwecke der politischen Bildung gedacht sind?
VIII.	6. Abgeordneter **Schmidt (Hamburg)**	Beabsichtigt die Bundesregierung, ein Gesetz zum Abschluß der Tätigkeit des Personalgutachterausschusses für die Streitkräfte vorzulegen, das die Beendigung der Tätigkeit dieses Ausschusses feststellt und die rechtskräftige Fortdauer seiner Entscheidungen sichert?
VIII.	7. Abgeordneter **Jahn (Marburg)**	Trifft es zu, daß die Bundesregierung unter Einschaltung der Firma Merex, Beuel, militärische Ausrüstungsgegenstände und Waffen, die bei der Bundeswehr nicht mehr benötigt wurden, an arabische Länder geliefert hat?
VIII.	8. Abgeordneter **Jahn (Marburg)**	Wie werden Waffenverkäufe, die über private Handelsfirmen abgewickelt werden, durch die Regierung kontrolliert?
VIII.	9. Abgeordneter **Jahn (Marburg)**	Ist die Bundesregierung bereit, in Zukunft Verhandlungen über den Verkauf nicht mehr benötigten militärischen Materials aus staatlichen Beständen ins Ausland erst dann einzuleiten, wenn die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages hierzu vorher ihre Zustimmung erteilt haben?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

IX. 1. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt)**

Mit welcher Begründung will die Bundesregierung durch die Erhebung von Flugplatzgebühren eine neue Gängelei für Fluggäste auf den Flughäfen der Bundesrepublik hinnehmen, obwohl die Fluggesellschaften ein Ablösungsverfahren für die notwendige Gebührenerhöhung vorgeschlagen haben?

IX. 2. Abgeordneter **Dr. Apel**

Entspricht es den Tatsachen, daß der Bundesregierung von seiten der Deutschen Bundesbahn zahlreiche Anträge auf Erhöhung von Seehafentarifen vorliegen, bei denen trotz vorheriger Zusage der Bundesbahn den betroffenen Küstenländern nicht die Möglichkeit gegeben wurde, mit den zuständigen Stellen in einen Meinungsaustausch über die Konsequenzen dieser Tarifanhebung einzutreten?

IX. 3. Abgeordneter **Richter** *)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß mit der Stillegung der Bahnlinie Bieberehren—Creglingen im Hohenloher Fördergebiet die Verkehrsbedingungen dieses Raumes entscheidend verschlechtert und für die dringend notwendige weitere Industrialisierung die ohnehin ungünstigen Standortbedingungen noch vermindert werden?

IX. 4. Abgeordneter **Richter** *)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um bei einer tatsächlichen Einschränkung des Schienenverkehrs zwischen Bieberehren und Creglingen einen Ausgleich zu schaffen, und berücksichtigt man dabei die Tatsache, daß die Landesstraße 2251 (auf bayrischem Gebiet 2268), die sogenannte Romantische Straße, fast völlig unausgebaut ist und der Verkehr auf dieser Straße sogar zwei Holzbrücken passieren muß?

IX. 5. Abgeordneter **Marx (München)**

In welchen Bundesländern ist in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbahn mit der Aufstellung von Generalverkehrsplänen begonnen worden?

IX. 6. Abgeordneter **Marx (München)**

Wie weit sind die unter IX/5 erwähnten Pläne im einzelnen gediehen?

IX. 7. Abgeordneter **Faller**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die durch den Umbau der Friedensbrücke in Weil (Rhein) erforderliche Sperrung des Verkehrs auf der B 317 zwischen Weil-Friedlingen und Weil-Leopoldshöhe statt 4 mindestens 9 Monate oder noch länger dauern wird?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

IX.	8.	Abgeordneter **Faller**	Kann es verantwortet werden, daß ein großer, stark industrialisierter Stadtteil von rund 5000 Einwohnern für eine so lange Zeit nur noch eine direkte Fußgängerverbindung zur Stadt Weil besitzt, während der Fahrzeugverkehr sehr lange Umwege in Kauf nehmen muß?
IX.	9.	Abgeordneter **Faller**	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, daß für die Stadt Weil doch noch eine Behelfsbrücke für den Verkehr mit Personenwagen geschaffen wird, eventuell durch den Einsatz einer Pioniereinheit der Bundeswehr?
IX.	10.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Braunschweig)**	Hat sich der vorgeschriebene Einbau von Lenkradschlössern zum Schutz gegen Autodiebstähle bewährt?
IX.	11.	Abgeordneter **Brück (Holz)**	Welches Ergebnis hatten die Verhandlungen der Internationalen Kommission zum Schutze der Saar gegen Verunreinigung, die am 16. März 1966 stattfanden?
IX.	12.	Abgeordneter **Dr. Klepsch**	Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die sozial ungerechtfertigte und in der Relation zu den anderen Fahrpreiserhöhungen unverständliche besondere Anhebung der Geschwisterkarten wieder auf ein normales Maß verständlicher Fahrpreiserhöhung zurückgeführt wird?
IX.	13.	Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Hat die Bundesregierung nunmehr die Frage geprüft, in welchem Umfange an den durch wildreiche Gebiete führenden Straßen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit Schutzzäune angebracht werden sollen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

X.	1.	Abgeordneter **van Delden**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß das sowjetzonale „Radio Berlin International" wahrscheinlich in diesem Jahr die „Deutsche Welle" sowohl an Kapazität als auch an Intensität übertreffen wird?
X.	2.	Abgeordneter **van Delden**	Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um der in der vorhergehenden Frage aufgezeigten Gefahr der vermehrten Darstellung Deutschlands aus sowjetzonaler Sicht in der Welt zu begegnen?
X.	3.	Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Trifft es zu, daß die Niederlande das ganze Land mit einem Kabelnetz für das „Drahtfernsehen" überziehen, an das aber nicht nur Fernsehgeräte, sondern auch Rundfunkapparate angeschlossen werden können, so daß bis 1969 Einzelantennen überflüssig werden?

X. 4. **Abgeordneter Dr. Rinderspacher**

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der zunehmende „Antennenwald" in den Wohngebieten der Bundesrepublik für Empfangsstörungen verantwortlich gemacht werden kann?

X. 5. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen für die Einführung des sogenannten „Drahtfernsehens" in der Bundesrepublik?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

XI. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Maxsein**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß wohl die Europäische Organisation für die Entwicklung von Raumfahrzeugträgern (ELDO), jedoch nicht die Europäische Weltraumforschungsorganisation (ESRO) dem Europarat einen Jahresbericht vorlegt?

XI. 2. Abgeordnete **Frau Dr. Maxsein**

Wie ist die unter XI/1 aufgezeigte unterschiedliche vertragliche Regelung zu erklären?

XI. 3. Abgeordnete **Frau Dr. Maxsein**

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf die Vertragspartner von ESRO mit dem Ziel einzuwirken, daß auch diese Organisation dem Europarat einen Jahresbericht vorlegt?

XI. 4. **Abgeordneter Dröscher**

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, auf die z. Z. unerträglichen Zustände bei der Zulassung zum Studium der Pharmazie an den deutschen Universitäten Einfluß zu nehmen und anzuregen, daß eine zentrale Zulassungsstelle geschaffen wird?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XII. 1. **Abgeordneter Wiefel**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß der Leiter eines Gewerbeaufsichtsamtes seine Aufsichtspflicht so auslegen und handhaben darf, daß er sich bei der Suche nach den Ursachen einer Luftverschmutzung auf die Untersuchungsergebnisse und Auskünfte des Industrieunternehmens verläßt, welches der vermutliche Verursacher der Luftverschmutzung ist?

XII. 2. **Abgeordneter Wiefel**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die für die in Frage XII/1 genannte Angelegenheit zuständige Landesregierung zu veranlassen — es handelt sich um einen Fall in Nordrhein-Westfalen — bei der Gewerbeaufsicht darauf hinzuwirken, daß sie ihrer Aufsichtspflicht gemäß der Gewerbeordnung genügt?

XII.	3. Abgeordneter **Dr. Meinecke**	Werden bei der in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheitswesen vom 12. Januar 1966 angekündigten Neuregelung des ärztlichen Ausbildungswesens und der Bestallungsordnung die Vorstellungen des Wissenschaftsrates Berücksichtigung finden?
XII.	4. Abgeordneter **Dr. Meinecke**	Werden bei der gemäß Frage XII/3 angekündigten Neuregelung die Vorstellungen der Gewerkschaften wie die moderner Arbeitsmediziner und Sozialmediziner Berücksichtigung finden, diese Fächer zu intensivieren und zu fördern und sie eventuell zu selbständigen Prüfungsfächern zu deklarieren?

Bonn, den 18. März 1966